

## Niederschrift

---

### **Sitzung des Ausschusses für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung**

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 14.03.2024  
**Beginn:** 17:00 Uhr  
**Ende:** 17:30 Uhr  
**Sitzungsort:** Beratungsraum 1a/b, Rathausanbau, Neuer Markt 1, 18055 Rostock

---

#### **Anwesend**

##### Vorsitz

Andrea Krönert BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

##### reguläre Mitglieder

Andreas Engelmann	DIE LINKE.PARTEI	
Anne Mucha	SPD	
Eckhard Brickenkamp	DIE LINKE.PARTEI	Vertretung für: Robert Kröger
Torsten Schulz	CDU/UFR	Vertretung für: Rainer Bauer
Stephan Porst	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Dr. Stefan Posselt	SPD	
Reinhart Kühner	Rostocker Bund	
Marc Hannemann	Rostocker Bund	
Andreas Szabó	FDP	Vertretung für: Julia Kristin Pittasch

#### **Abwesend**

##### reguläre Mitglieder

Robert Kröger	DIE LINKE.PARTEI	entschuldigt
Rainer Bauer	CDU/UFR	entschuldigt
Franziska Raeuber	CDU/UFR	entschuldigt
Julia Kristin Pittasch	FDP (fraktionslos)	entschuldigt

#### **Verwaltung**

Dr. Christoph Grützmacher	Hauptamt
Andreas Bechmann	Stadtamt

## Tagesordnung

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderung und Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 22.02.2024
- 4 Anträge
  - 4.1 Vorsitzende der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE.PARTEI und der SPD  
Bürgerfreundliche Verwaltung: Terminvergaben verbessern **2024/AN/5067**  
geändert beschlossen
    - 4.1.1 Bürgerfreundliche Verwaltung: Terminvergaben verbessern **2024/AN/5067-01 (SN)**  
zur Kenntnis gegeben
    - 4.1.2 Chris Günther (für die CDU/UFR-Fraktion)  
Bürgerfreundliche Verwaltung: Terminvergaben verbessern **2024/AN/5067-02 (ÄÄ)**  
ungeändert beschlossen
    - 4.1.3 Bürgerfreundliche Verwaltung: Terminvergaben verbessern **2024/AN/5067-03 (ES)**  
zur Kenntnis gegeben
- 5 Beschlussvorlagen
  - 5.1 Zehnte Satzung über die teilweise Aufhebung der Sanierungssatzung "Stadtzentrum Rostock" **2024/BV/5057**  
ungeändert beschlossen
- 6 Informationsvorlagen
  - 6.1 Umsetzung der Prüfaufträge der Beschlüsse 2023/AN/4899 und 2019/AN/4645 bezüglich Parkplatzproblematik Landesbehördenzentrum Blücherstraße **2024/IV/5101**  
zur Kenntnis gegeben
- 7 Verschiedenes
  - 7.1 Informationen der Ausschussmitglieder aus Beiräten, Arbeitsgruppen o. Ä.

- 7.2 Weitere Informationen
- 8 Schließen der Sitzung

## **Nichtöffentlicher Teil**

- 9 Informationsvorlagen
- 9.1 Klärschlamm-Kooperation (KKMV) - Quartalsbericht  
04/2023

**2024/IV/5103**

## **Protokoll**

### **Öffentlicher Teil**

---

#### **1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Frau Krönert eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung fest. Die Einladung ist rechtzeitig erfolgt und im Informationssystem bekannt gemacht worden. Zu Beginn der Sitzung sind 8 von 11 Mitgliedern anwesend. Damit ist der Ausschuss beschlussfähig.

---

#### **2 Änderung und Bestätigung der Tagesordnung**

Die Nachtragstagesordnung wird einstimmig bestätigt.

---

#### **3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 22.02.2024**

Es wurden keine Einwände zur ergänzten Niederschrift erhoben. Die Niederschrift ist damit genehmigt.

---

#### **4 Anträge**

---

##### **4.1 Vorsitzende der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE.PARTEI und der SPD**

**2024/AN/5067**

##### **Bürgerfreundliche Verwaltung: Terminvergaben verbessern**

Herr Dr. Grütmacher erläutert die Stellungnahme der Verwaltung.

Frau Krönert erkundigt sich, wann das Ziel, freie Termine innerhalb von 14 Tagen anzubieten, erreicht ist, und ob es einen ein Fahrplan für das OZG-Programm vorgelegt werden kann. Herr Dr. Grütmacher antwortet, dass bisher kein Fahrplan vorgelegt werden kann, lediglich ein Status quo. Eine Abfrage der Ämter ist erfolgt. Je nach Höhe des Publikumsverkehrs erfolgt eine analoge oder digitale Terminvergabe. Für viele Ämter ist die Vergabe eines Termins innerhalb von 14 Tagen bereits Realität, in den Ortsämtern ist dies hingegen

schwer zu erreichen. Herr Bechmann ergänzt, dass viele Verzögerungen nicht direkt beeinflusst werden können. So gibt es beispielsweise Abhängigkeiten von Fahrschulen bei der Führerscheinvorgabe. In den Ortsämtern wurde bereits eine Verbesserung erreicht. Es wurden zusätzliche Öffnungszeiten ohne Terminvorgabe eingeführt. Dies führte zu einer Reduzierung der Wartezeiten für Termine. Es zeigt sich, dass eine hybride Terminvorgabe (analog und digital) kompliziert und oftmals fehlerbehaftet ist. Daher wird die Online-Terminvorgabe für Ortsämter bevorzugt. In Ergänzung soll ein Projekt gestartet werden, das allen Bürgerinnen und Bürgern einen Zugang zur Terminvorgabe verschafft. Es wird eine Telefonnummer geschaltet, bei der ein Verwaltungsmitarbeiter den benötigten Termin in das System einbucht. Weiterhin sind Terminals in Planung, bei denen Leistungen von der Bürgerin bzw. vom Bürger auch selbst erbracht werden können. In einigen Ortsamtsbereichen mit vielen Pflegeheimen oder ähnlichen Einrichtungen sollen Mitarbeiter ebenfalls direkt in die Einrichtung gehen.

Herr Schulz weist noch einmal darauf hin, dass es nicht darum geht zusätzliche Sprechtage einzurichten. Stattdessen soll die Erreichbarkeit während der Sprechtag/-zeiten, insbesondere in den Fachämtern, verbessert werden. Herr Bechmann informiert, dass in den Ortsämtern auch MitarbeiterInnen gibt, die Mitarbeiter, die z.B. bestimmte Fälle bearbeiten oder Ortsbeiratssitzungen vorbereiten. Diese MitarbeiterInnen fehlen dann bei den Sprechzeiten.

Herr Porst hat im Stadtamt bei der Führerscheinstelle die Terminvorgabe getestet. Hier muss mit Wartezeiten von über zwei Monaten für einen Termin gerechnet werden. Ebenso ist die Kommunikation auf der Webseite verbesserungswürdig. Oft sind keine Telefonnummern angegeben. Er merkt an, dass der Eindruck entsteht, dass die Verwaltung nach Corona nicht wieder in den Normalbetrieb gekommen ist.

Frau Krönert fragt, wie viele Bürger nicht zum Termin Erscheinen ohne abzusagen. Herr Bechmann antwortet, dass dies ein Problem darstellt. Doppelbuchungen können digital identifiziert werden.

### **Beschluss:**

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, die Vergabe für Amtstermine bürgerfreundlicher zu gestalten und kürzere Wartezeiten zu ermöglichen. Dabei sollen folgende Maßnahmen Berücksichtigung finden:

1. Sprechzeiten ohne Online-Termin: Neben der Online-Terminvorgabe sollen in allen relevanten Ämtern auch wöchentliche Sprechzeiten ohne Online-Termin angeboten werden.
2. Bürgerfreundlicher Online-Auftritt: Über die Sprechzeiten und die Möglichkeiten des Online-Ausweises (u.a. Aktivierung, PIN-Rücksetzung) soll auf der Internetseite und im Stadtanzeiger in übersichtlicher Weise informiert werden.
3. Umsetzung der Digitalisierung: Die Verwaltung soll bis zum 30.5.2024 einen Fahrplan vorlegen, wann weitere Bürgerdienste im Online-Verfahren angeboten werden.
4. Die Verwaltung berichtet dem Stadtentwicklungsausschuss, dem Sozialausschuss und Jugendhilfeausschuss Anfang 2025 über die Ergebnisse der veränderten Terminvorgabe.

**Abstimmung:**

Dafür:	10
Dagegen:	0
Enthaltungen:	0

**Abstimmungsergebnis:**

Angenommen	X
Abgelehnt	

**4.1.1 Bürgerfreundliche Verwaltung: Terminvergaben verbessern****2024/AN/5067-01 (SN)**

Die Stellungnahme wird den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben.

**4.1.2 Chris Günther (für die CDU/UFR-Fraktion)****2024/AN/5067-02 (ÄA)****Bürgerfreundliche Verwaltung: Terminvergaben verbessern**

Der Änderungsantrag wird im Zusammenhang mit dem Hauptantrag behandelt.

**Beschluss:****Beschlussvorschlag:**

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

1. Der Antrag wird in Punkt 4 wie folgt ersetzt:

„Ämter, die regelmäßige Sprechzeiten anbieten, wie u.a. das Bauamt, verpflichten ihre Mitarbeiter an den Tagen der Sprechzeit um physische Anwesenheit. Ein Arbeiten im Homeoffice ist an diesen Tagen grundsätzlich zu vermeiden.“

2. Der Antrag wird um einen Punkt 5 wie folgt ergänzt:

„Die Verwaltung berichtet dem Stadtentwicklungsausschuss, dem Sozialausschuss, dem Jugendhilfeausschuss und dem Bau- und Planungsausschuss Anfang 2025 über die Ergebnisse der veränderten Terminvergabe.“

**Abstimmung:**

Dafür:	6
Dagegen:	2
Enthaltungen:	2

**Abstimmungsergebnis:**

Angenommen	X
Abgelehnt	

**4.1.3 Bürgerfreundliche Verwaltung: Terminvergaben verbessern****2024/AN/5067-03 (ES)**

Die Stellungnahme wird den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben.

---

## 5 Beschlussvorlagen

---

### 5.1 Zehnte Satzung über die teilweise Aufhebung der Sanierungssatzung "Stadtzentrum Rostock"

2024/BV/5057

Frau Stäbe erläutert die Beschlussvorlage.

#### **Beschluss:**

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Bürgerschaft beschließt die Zehnte Satzung über die teilweise Aufhebung der Sanierungssatzung „Stadtzentrum Rostock“ (Anlagen 1 - 3).

#### **Abstimmung:**

Dafür:	10
Dagegen:	0
Enthaltungen:	0

#### **Abstimmungsergebnis:**

Angenommen	x
Abgelehnt	

---

## 6 Informationsvorlagen

---

### 6.1 Umsetzung der Prüfaufträge der Beschlüsse 2023/AN/4899 und 2019/AN/4645 bezüglich Parkplatzproblematik Landesbehördenzentrum Blücherstraße

2024/IV/5101

Die Informationsvorlage wird den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben. Es folgt eine umfassende Informationsvorlage zu dem Thema im April 2024.

---

## 7 Verschiedenes

---

### 7.1 Informationen der Ausschussmitglieder aus Beiräten, Arbeitsgruppen o. Ä.

Es werden keine weiteren Informationen vorgetragen.

### 7.2 Weitere Informationen

Es werden keine weiteren Informationen vorgetragen.

---

## 8 Schließen der Sitzung

Frau Krönert schließt die Sitzung.